

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
05.05.2011, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal.

Anwesend:

1. stellv. Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
2. stellv. Ratsvorsitzender:	Jörn Kickler
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Bernd Köhler
	Peter Nieraad
Ratsmitglieder:	Karin Agostini
	Reinhard Berndt
	Rudolf Böcker
	Karin Boomhuis
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Gerald Chmielewski
	Iko Chmielewski
	Hergen Eilers
	Ilonka Etzold
	Jens-Olaf Fianke
	Walter Heidenreich
	Christoph Hinz
	Christine Lampe
	Walter Langer
	Alfred Müller
	Jürgen Rathkamp
	Raimund Recksiedler
	Bernd Redeker
	Claudia Rohlf
	Steffen Schwärmer
	Elke Vollmer
	Dorothea Weikert
	Franz Wimmer
	Rüdiger Wolf
	Herbert Zeidler
von der Verwaltung:	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Rolf Heeren
	Dirk Heise
	Meike Knop
	Rainer Rädicker

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung, Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates 07.04.2011
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 4.1 **Verwaltungsausschuss vom 14.04.2011**
- 4.1.1 **Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 30.03.2011**
- 4.1.1.1 Straßenbeleuchtung in der Stadt Varel - Antrag auf Veränderungen bezüglich der Einschaltdauer der Straßenbeleuchtung
- 4.1.2 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 05.04.2011**
- 4.1.2.1 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes im Bereich Heidebergstraße und Hullenweg
- 4.2 **Verwaltungsausschuss vom 05.05.2011**
- 4.2.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 12.04.2011**
- 4.2.1.1 Aufstellung eines Bebauungsplanes und Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Schützenwiese
- 4.2.2 **Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 27.04.2011**
- 4.2.2.1 Jahresrechnung 2009 der Stadt Varel; hier: Entlastungsverfahren
- 4.2.2.2 Jahresrechnung 2009 der Grosse-Stiftung; Entlastungsverfahren
- 4.2.2.3 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2011
- 4.2.2.4 Gesellschaftsvertrag der Stadtmarketing Varel GmbH
- 4.2.2.5 Schlussbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Varel, Haushaltsjahre 2007 bis 2009
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 **Behandlung von Anfragen und Anregungen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung, Beschlussfähigkeit des Rates**

1. stellv. Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Die Tagesordnung wird festgestellt. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Varelser Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass die Ratsherren Bäker, Bunjes, Hillebrand, Klose, I. Langer und Ralle entschuldigt fehlen.

2 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates 07.04.2011**

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 07.04.2011 wird einstimmig genehmigt.

3 **Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerfragestunde findet mangels Wortmeldungen nicht statt.

4 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**

4.1 **Verwaltungsausschuss vom 14.04.2011**

4.1.1 **Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 30.03.2011**

4.1.1.1 **Straßenbeleuchtung in der Stadt Varel - Antrag auf Veränderungen bezüglich der Einschaltdauer der Straßenbeleuchtung Vorlage: 130/2011**

Die Fraktion MMW begrüßt die Bewegung hin zu einer Verbesserung der nächtlichen Straßenbeleuchtung, insbesondere weil Teile aus ihrem gemeinsamen Antrag mit Ratsherrn Hinz vom 08.02.2010 berücksichtigt wurden. Da aber nur ein Teil aller Änderungsforderungen erfüllt wurden und Bereiche wie z. B. Dangast keine Berücksichtigung finden, wird sich ein Teil der Fraktion enthalten. Ratsherr I. Chmielewski bittet um Klärung, ob die Regelung für den Bahnhof auch die Sonder-

regelung der 1:00 Uhr-Züge betrifft.

Ratsherr Eilers weist darauf hin, dass die Verkürzung der Einschaltdauer der Straßenbeleuchtung eine Maßnahme zur Sanierung der Finanzen war. Dieses führte insgesamt zu einer nicht unerheblichen Einsparung von ca. 50.000 € im Jahr, sorgte aber auch für eine große Aufregung in Varel. Die CDU/FDP/Bündnis 90/Die Grünen-Gruppe hat daher in Zusammenarbeit mit der Fraktion SDV den jetzt vorge schlagenen Kompromiss erarbeitet. Bedingung des Kompromisses war eine weitgehende Neutralität in finanzieller Sicht und bei der CO²-Belastung. Der jetzt gefundene Kompromiss trägt nach Ansicht des Ratsherrn Eilers den Bedürfnissen der Bürger Rechnung.

Die SPD-Fraktion wird den Antrag ablehnen, da sie sich für eine durchgehende Straßenbeleuchtung ausspricht. Sie begrüßt aber den Kompromissvorschlag, der ihrem Ziel bereits etwas näher kommt, denn er korrigiert zumindest das Dringlichste. Sie vermisst Regelungen für Dangast und für Tage an denen Feierlichkeiten in Varel stattfinden. Leider wurden auch die Vorschläge des Bürgermeisters nicht alle umgesetzt. Ratsherr Bruns betont, dass es sich hier nicht um einen Kompromissvorschlag der Mehrheitsgruppe handelt, denn diese Anträge wurden bereits früher gestellt und von der Mehrheitsgruppe angelehnt. Da die SPD-Fraktion dieses „Hin und Her“ in der Politik ablehnt, wird sie diesen Beschluss nicht mittragen.

Aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Köhler sind die jetzigen Änderungen sehr wichtig. Die Themen Bahnhof, Veranstaltungen und Wochenenden wurden berücksichtigt. Daher unterstützt die Fraktion SDV diesen Beschluss. Er schließt nicht aus, dass es später weitere Veränderungen geben könnte.

Ratsherr Redeker zitiert aus einem Artikel der „Welt“, in dem das Thema Lichtverschmutzung thematisiert wird. Demnach hat das nächtliche Kunstlicht negative Auswirkungen auf die Gesundheit und die Natur. Es wird das Ausschalten der nächtlichen Straßenbeleuchtung für den Naturschutz gefordert, soweit es möglich ist.

Aus Sicht des Ratherrn Hinz zeigt dieser Beschluss, dass das Bürgerbegehren nicht gescheitert ist, auch wenn es nicht genügend Stimmen erzielt hat, denn es hat dafür gesorgt, dass jetzt ein Kompromissvorschlag vorgelegt wurde. Er hat bei der SPD-Fraktion immer ein Entgegenkommen vermisst, um einen Kompromissvorschlag zu finden.

Beschluss:

Folgenden Veränderungen bezüglich der Einschaltdauer der Straßenbeleuchtung wird zugestimmt:

1. Herstellung eines separaten Schaltkreises für den Bahnhofsvorplatz und Abänderung der Einschaltdauer. Maßgeblich für die Einschaltzeit ist künftig der reguläre Fahrplan des Personenschienenverkehrs. Es ist entsprechend zu gewährleisten, dass eine halbe Stunde vor Eintreffen des ersten Zuges und eine halbe Stunde nach Verlassen des letzten Zuges der Bahnhofsvorplatz beleuchtet ist.
2. Verlängerung der Einschaltdauer der Straßenbeleuchtung am Freitag bzw. am Tag vor Feiertagen wie am Sonnabend bis 1.00 Uhr morgens des Folgetages. Zum Ausgleich erfolgt sonntags bzw. feiertags die Einschaltung der Beleuchtung zwei Stunden später, statt ab derzeit 5.00 Uhr, künftig ab 7.00 Uhr.

3. Heiligabend und Silvester bleibt die Straßenbeleuchtung die ganze Nacht an.
4. Jeweils vom 15. Mai bis zum 15. Juli wird die Straßenbeleuchtung wegen des zeitigen Sonnenaufganges morgens nicht eingeschaltet.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 18 Nein: 10 Enthaltungen: 3

4.1.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 05.04.2011

**4.1.2.1 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes im Bereich Heidebergstraße und Hullenweg
Vorlage: 146/2011**

Beschluss:

Gemäß der §§ 2 und 30 Baugesetzbuch wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes im Bereich der Heidebergstraße/Hullenweg beschlossen. Der Geltungsbereich ist dem dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr vom 05.04.2011 anliegenden Lageplan zu entnehmen. Der Bebauungsplan erhält die Nummer 203. Die Planungen sind dem Antragsteller durch städtebaulichen Vertrag zu übertragen.

Einstimmiger Beschluss

4.2 Verwaltungsausschuss vom 05.05.2011

4.2.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 12.04.2011

**4.2.1.1 Aufstellung eines Bebauungsplanes und Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Schützenwiese
Vorlage: 111/2011**

Die Fraktion MMW wird sich gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes aussprechen. Aus ihrer Sicht ist es dafür zu früh, denn es fehlt noch die inhaltliche politische Diskussion. Zurzeit ist noch völlig offen, was auf dem Gelände konkret geschehen soll. Hier soll eine Fläche in einer Dimension überplant werden, die nicht innenstadtverträglich ist. Er regt an, zunächst konkret zu planen, was auf dem Gelände entstehen soll und dann entsprechend den Bebauungsplan zu ändern.

Beschluss:

Gemäß der §§ 2, 5 und 30 Baugesetzbuch wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Schützenwiese unter gleichzeitiger Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel beschlossen. Es handelt sich dabei um einen Bebauungs-

plan der Innenentwicklung im Sinne des § 13 a BauGB. Der Geltungsbereich kann dem anliegenden Lageplan entnommen werden. Der Bebauungsplan erhält die Nummer 202. Bei der Änderung des Flächennutzungsplanes handelt es sich um die 16. Änderung. Die Planungen sind dem Antragsteller durch städtebaulichen Vertrag zu übertragen. Der Beschluss des Rates der Stadt Varel vom 22.03.2001 (Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 171) wird aufgehoben.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 27 Nein: 4

4.2.2 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 27.04.2011

**4.2.2.1 Jahresrechnung 2009 der Stadt Varel; hier: Entlastungsverfahren
Vorlage: 144/2011**

Beschluss:

Die Jahresrechnung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2009 wird gem. § 101 NGO beschlossen. Unter Bezugnahme auf den Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel wird dem Bürgermeister vorbehaltlos Entlastung gem. § 101 NGO erteilt.

Einstimmiger Beschluss

**4.2.2.2 Jahresrechnung 2009 der Grosse-Stiftung; Entlastungsverfahren
Vorlage: 145/2011**

Beschluss:

Die Jahresrechnung der Kommunalen Stiftung Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2009 wird gem. § 19 Abs. 2 des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 103 Abs. 1 und 100 Abs. 1 NGO beschlossen. Unter Bezugnahme auf den Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel über die Prüfung der Jahresrechnung der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2009 wird dem Bürgermeister vorbehaltlos Entlastung gem. § 19 Abs. 2 des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 103 Abs. 1 und 100 Abs. 1 NGO erteilt.

Einstimmiger Beschluss

**4.2.2.3 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das
Wirtschaftsjahr 2011
Vorlage: 186/2011**

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das

Wirtschaftsjahr 2011 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 27.04.2011 anliegenden Fassung beschlossen. Die Finanzplanung für den Planungszeitraum 2010 – 2014 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 27.04.2011 anliegenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

4.2.2.4 Gesellschaftsvertrag der Stadtmarketing Varel GmbH Vorlage: 191/2011

Die MMW-Fraktion wird diesem Beschluss nicht zustimmen, da sie die Stadtmarketing GmbH grundsätzlich ablehnt, auch wenn sie die jetzt vorgeschlagene Änderung positiv sieht.

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Varel in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Varel GmbH stimmen dem Gesellschaftsvertrag der „Stadtmarketing Varel GmbH“ in der dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses anliegenden Fassung zu.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 27 Nein: 4

4.2.2.5 Schlussbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Varel, Haushaltsjahre 2007 bis 2009 Vorlage: 192/2011

Ratsherr Bruns verweist auf folgenden Absatz aus dem Schlussbericht des Nds. Landesrechnungshofes: „Obwohl dem VmH im gesamten Prüfungszeitraum über die Pflichtzuführung hinaus keine Mittel aus dem VwH zugeführt wurden, um die anstehenden Investitionen zu finanzieren, konnten die Schulden aus den Krediten für den Kernhaushalt von 14,3 Mio. € auf 10,2 Mio. € reduziert werden. Dies entlastete den VwH um rd. 0,7 Mio. €. Die mittelfristige Finanzplanung des Haushaltsjahres 2010 wies im Finanzplanungszeitraum keine Kreditaufnahme aus. Demnach plant die Stadt insgesamt eine weitere Nettoentschuldung von 2,3 Mio. €.“ Damit hat aus seiner Sicht der Landesrechnungshof bestätigt, dass die SPD sehr wohl mit Geld umgehen konnte.

Ratsfrau Etzold weist darauf hin, dass der Landesrechnungshof eine Empfehlung für zukünftiges Handeln gibt. Demnach ist es wichtig in Zukunft permanent eine Aufgabenkritik durchzuführen und auf eine effiziente Arbeit hinzuwirken. Es sollte ein strategisches Controlling eingeführt werden. Wichtige Bereiche der Zukunft werden die Ablauforganisation, Personalentwicklung und Organisationsentwicklung sein. Aufgabe des Rates ist es Ziele zu setzen, um ein Controlling zu ermöglichen. Die Steuerung erfolgt mehr über Ziele und Budgets, als über konkrete Maßnahmen. Dies wird eine erhebliche Veränderung in der Ratsarbeit und in der Verwaltung nach sich ziehen.

Ratsherr Eilers schließt sich den Äußerungen von Ratsfrau Etzold an. Die Auffas-

sung von Herrn Bruns kann er nicht teilen. In den letzten Jahren hat sich die SPD immer allen Sparvorschlägen verschlossen und keine eigenen Vorschläge unterbreitet. Er hofft für die Zukunft auf eine konstruktive Aufgabenerledigung. Dabei ist eine Aufgabenkritik und Darstellung nach Effizienz notwendig.

Die SPD-Fraktion betont, dass sie auch in Zukunft keine Politik zu Lasten der Bürger machen möchte. Einsparungen in der Zukunft sind notwendig, müssen aber sozial ausgewogen sein.

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 27.04.2011 anliegende Zusammenfassung über den wesentlichen Inhalt des Schlussberichts des Nds. Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Varel - Haushaltsjahre 2007 bis 2009 - vom 14.02.2011 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

6 Behandlung von Anfragen und Anregungen

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 19:45 Uhr schließt die 1.stellv. Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)